

Land der angekündigten Morde

Kolumbien auf dem langen Weg in die Normalität

Nirgendwo in Südamerika war die Gewalt über Jahrzehnte hinweg so epidemisch wie in Kolumbien. Der Amtsantritt des neuen Präsidenten Samper weckt jetzt Hoffnungen auf eine Stärkung des staatlichen Gewaltmonopols. Wirtschaftlich hat Kolumbien gute Wachstums- und Entwicklungschancen. Die katholische Kirche des Landes, traditionell gut organisiert und konservativ, ist auf der Suche nach ihrer Rolle angesichts des politischen Wandels.

„Chronik eines angekündigten Todes“ ist der Titel einer berühmten Erzählung des kolumbianischen Nobelpreisträgers *Gabriel García Márquez*. In der Erzählung rekonstruiert der Autor einen lange vor der Ausführung geplanten und öffentlich angekündigten Mord in einem lateinamerikanischen Provinzstädtchen. Für europäische Leser ist es erschreckend und befremdlich, zu erleben, mit welcher Gelassenheit Ankündigung und Vollstreckung der Bluttat von den Bewohnern der Stadt zur Kenntnis genommen werden. Nicht weniger schauerlich und fremd muten die zahlreichen Presseberichte über Morde in Kolumbien an, die mit schöner Regelmäßigkeit die internationale Öffentlichkeit erreichen.

Ein Fußballspieler namens *Andrés Escobar* hat in diesem Jahr als prominentes kolumbianisches Mordopfer weltweite Berühmtheit erlangt. Er wurde auf offener Straße erschossen, weil er mit einem Eigentor zum frühzeitigen Ausscheiden der Nationalmannschaft bei der Fußball-Weltmeisterschaft in den USA beigetragen hatte. Wer letztlich hinter der Tat stand, ist kaum zu ermitteln. Fest steht aber: Sein Tod war angekündigt. Noch bevor die Mannschaft aus den USA zurückkehrte, war die Ermordung des unglücklichen Torhütern öffentlich angedroht worden. Die Reaktionen der Bevölkerung auf den feigen und irrationalen Mord unterschieden sich jedoch deutlich von der Lethargie der *Marquez*-schen Romanfiguren. Hunderttausende demonstrierten spontan gegen die Gewalt, und die Zeitungen des Landes sprachen von nationaler Scham über eine Gesellschaft, die so weit heruntergekommen ist, daß Eigentore mit dem Tod bestraft werden. Die Tat scheint überraschend viele Kolumbianer wachgerüttelt zu haben, die sich mit der alltäglichen Kultur der politischen und kriminellen Gewalt schon weitgehend abgefunden hatten. Doch trotz dieses ermutigenden Zeichens bleibt bis zum inneren Frieden noch ein weiter Weg.

Sollte in den kommenden Jahren tatsächlich eine gewisse Normalisierung der Verhältnisse eintreten, dann hat daran die Erschießung eines anderen Mannes namens Escobar noch größeren Anteil als die des gleichnamigen Fußballspielers. Pablo Escobar, Chef des einst mächtigen Kokain-Kartells von Medellín, wurde im Dezember des vergangenen Jahres von Sicherheitskräften erschossen. Auch dieser Tod kam nicht aus heiterem Himmel. Über ein Jahr lang hatten Polizei und Armee den Mann gejagt, der es mit seinen

Einnahmen aus dem Kokainhandel zu Wohlstand und erheblichem politisch-gesellschaftlichen Einfluß gebracht hatte. Spektakulär waren seine Versuche, mit dem Staat ins Geschäft zu kommen. Freiwillig stellte er sich und ging in ein luxuriöses Gefängnis, aus dem er dann aber doch wieder ausbrach und so wiederum den Staat und seine ohnmächtigen Organe vorführte.

Als er schließlich zur Strecke gebracht wurde, bedeutete dies noch keineswegs das Aus für den Drogenhandel und seine weitverzweigte mafiose Subkultur, aber es war ein wichtiger Schritt zur Rückeroberung des staatlichen Gewaltmonopols, ohne das keine Regierung in Kolumbien die öffentliche Ordnung und die Sicherheit der Bürger wiederherstellen kann. Daß Escobar offenbar auf der Flucht mit gezielten Kopfschüssen getötet wurde, mag zwar rechtsstaatlichen Gepflogenheiten in anderen Ländern nicht entsprechen, doch war es für die staatlichen Organe ein symbolischer Erfolg, daß sie es waren und nicht private Todeschützen, die den Drogenzar erschossen. Denn auch Pablo Escobars Ermordung war zuvor angekündigt worden – von einer Organisation der Angehörigen der Opfer des Drogenbosses.

Geländegewinne für den Staat

Für den im Juli dieses Jahres neu gewählten Präsidenten *Ernesto Samper* von der liberalen Partei ist dieser Geländegewinn im Kampf um das Gewaltmonopol ein wichtiges Startkapital. Ihm könnte gelingen, was seinen Vorgängern versagt blieb, nämlich die Welle der Gewalt, die das Land seit Jahrzehnten lähmt, spürbar einzudämmen. Schon bei seiner Wahl zeichnete sich eine deutliche Befriedung des öffentlichen Lebens in dem großen Land am Nordende Südamerikas ab. Waren noch beim Wahlkampf im Jahr 1990 gleich vier Präsidentschaftskandidaten ermordet und viele unbeteiligte Zivilisten getötet worden, gab es beim Wahlkampf des Jahres 1994 kaum politisch motivierte Gewalt. Die eigens für den Wahltag in höchste Alarmbereitschaft versetzten Krankenhäuser und Ambulanzdienste erlebten einen vergleichsweise ruhigen Tag.

Dennoch wäre es verfrüht, von einer abgeschlossenen Normalisierung des Lebens in Kolumbien zu sprechen. Das weiß niemand besser als der neue Präsident Samper. Noch bevor

er am 7. August vereidigt wurde, mußte er zur Kenntnis nehmen, daß mindestens einige Ausprägungen der für Kolumbien typischen Gewaltbereitschaft noch nicht gänzlich ihre Virulenz verloren hat: Zwei große Guerilla-Gruppierungen machten mit spektakulären Bombenattentaten gegen Soldaten, Zivilisten und einen Minister sowie gegen verschiedene Infrastruktureinrichtungen von sich reden. „Abschied von Präsident Gaviria“ nannten die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) und das Nationale Befreiungsheer (ELN) die blutige Anschlagserie. Die Armee schlug mit voller Härte zurück und tötete nach eigenen Angaben allein in der zweiten Julihälfte 91 Guerilleros.

Das kurze Aufflackern der „revolutionären“ Gewalt kann indes nicht darüber hinwegtäuschen, daß die linken Guerillabewegungen derzeit an Schwung verloren haben. Immer wieder ist es bereits den Vorgängerregierungen unter den liberalen Präsidenten *Virgilio Barco* (1986–1990) und *César Gaviria* (1990–1994) gelungen, kleinere Guerilla-Fraktionen in geduldsigen Verhandlungen zur Rückkehr ins zivile Leben zu bewegen. Eine der größeren, die Gruppierung M 19, wandelte sich gar zur politischen Partei und nahm mit wechselndem Erfolg an den Wahlgängen von 1990 und 1994 teil. Dabei verlor sie allerdings einiges von ihrer revolutionären Dynamik, zumal sie in dem für Kolumbien typischen Konsensverfahren durch Ministerposten mit in die Verantwortung eingebunden wurde. Die jüngsten Erfolge der Verhandlungsstrategie erzielte die Regierung noch kurz vor dem Präsidentenwechsel, als rund 5000 Ex-Guerilleros aus abtrünnigen Fraktionen der FARC und des ELN symbolisch ihre Waffen abgaben und mit staatlich garantierter Amnestie ins bürgerliche Leben zurückkehrten. Augenzeugen berichteten, daß für die Guerilleros eigens Waffen für die Übergabe beschafft werden mußten, weil die Ausrüstung der Gruppen mittlerweile so schlecht ist, daß sie nur noch zu Bombenattentaten, nicht aber zu regelrechten Kampfaktionen in der Lage sind.

Der Guerillakampf als Lebensform für junge Männer im Alter von 16 bis 25 Jahren dürfte trotz dieser Fortschritte auch in Zukunft Bestand haben, zumal er sich im Laufe der Jahrzehnte des „bewaffneten Kampfes“ auch zu einer Art des Lebensunterhalts entwickelt hat. Mit Entführungen, Erpressungen und Anteilen am Rauschgiftschmuggel dienen die Guerilla-Gruppen in erster Linie sich selbst und immer weniger der Sache der Volksbefreiung, an die ohnehin nicht mehr viele zu glauben scheinen. Wieviele selbsternannte Revolutionäre sich auf diese Art durchschlagen, ist nicht bekannt. Während die Regierung von rund 10000 verbleibenden Kämpfern spricht, geben die Sympathisanten die Zahl der Guerillakämpfer noch mit 40000 an.

Auch an der anderen Gewaltfront, dem *Drogenkrieg*, ist die kolumbianische Gesellschaft noch ein gutes Stück von der Normalität entfernt. Die Erschießung Pablo Escobars am 2. Dezember 1993 hat zwar das Haupt eines der großen Drogenkartelle vernichtet, doch die anderen großen und kleinen Kartelle sind geblieben. Nach Berechnungen des kirchlichen

Centro de Investigación y Educación Popular (CINEP) in Bogotá trägt der Drogenhandel im Erlösen von 4,5 Milliarden US-Dollar rund sieben Prozent zum kolumbianischen Bruttosozialprodukt bei. Nach vorsichtigeren staatlichen Schätzungen sind es „nur“ 1,2 Milliarden Dollar. Diese Summen werden zu einem großen Teil innerhalb des eigenen Landes „gewaschen“ und investiert. Vor allem in Immobilien wird das schmutzige Geld angelegt und trägt so zum Wachstum der Bauwirtschaft und zur Modernisierung der großen Städte wie Cali, Medellín oder Bogotá bei.

Die diversen Rauschgiftkartelle sind mit der zivilen Gesellschaft eng vernetzt. Vor allem für die Generation der Söhne der Rauschgiftbosse gilt, daß sie als normale Unternehmer am Wirtschaftskreislauf teilnehmen. Das CINEP berichtete jüngst von beträchtlichen Verschiebungen in den Aktivitäten der Rauschgiftmafia. So löst etwa die Erzeugung und der Verkauf von Heroin schrittweise den Kokainhandel als Haupteinnahmequelle ab. Der Grund: Beim Heroin ist die Gewinnspanne größer und die Herstellung einfacher. Bereits im vergangenen Jahr soll etwa ein Viertel der kolumbianischen Rauschgifterlöse aus dem Heroinhandel gekommen sein. Eine weitere Bereicherung der illegalen Produktpalette ist das Marihuana. Es wird vor allem an der Nordküste angebaut und in konzentrierter Form in die USA exportiert.

Umstrittene Analysen der Gewalt

Wegen der zunehmenden Diversifizierung der Rauschgifte und der gleichzeitigen Aufsplitterung der Kartelle in viele kleinere Gruppen ist es unwahrscheinlich, daß die Rauschgiftkriminalität insgesamt besiegt werden kann. Aber die Zeiten des „totalen Krieges“ der großen Kartelle gegen den Staat mit gewaltigen Bombenattentaten und hunderten Toten scheint vorerst vorbei zu sein. An die Stelle dieses Problems ist ein neues getreten: der Drogenkonsum *innerhalb des Landes*. Waren es bis vor kurzem fast ausschließlich die US-amerikanischen und europäischen Konsumenten, die den Stoff aus dem kolumbianischen Handel kauften, nimmt seit einigen Jahren der Drogenkonsum im Lande selbst rasch zu. Vor allem Jugendliche kommen auf den Geschmack an Kokain und Marihuana – mit den entsprechenden Auswirkungen in der Beschaffungskriminalität, wie sie aus industrialisierten Ländern bekannt sind.

Präsident Samper, der selbst bei einem Attentat der Rauschgiftmafia im Jahr 1989 schwer verletzt wurde, ist, wiewohl ein erklärter Gegner des „narcotráfico“, nach seiner Wahl in den Verdacht geraten, er habe seinen Wahlkampf teilweise mit Geldern aus dem Drogenhandel finanziert. Samper räumte ein, daß er entsprechende Angebote seitens der Mafia erhalten habe, machte aber glaubhaft, daß er sie ohne Umschweife ausgeschlagen habe. Doch der Vorgang allein zeigt, daß sich die „narcotraficantes“ noch nicht mit einer Rolle im kriminellen Abseits der Gesellschaft abgefunden haben.

Trotz gewisser Fortschritte hat Kolumbien beim Thema *Gewalt* noch immer eine durchweg schlechte Presse. Ausländische Beobachter, etwa von Amnesty International, aber auch zahllose private, kirchliche und staatliche inländische Menschenrechtseinrichtungen und Forschungsinstitutionen befassen sich seit Jahren ausgiebig mit der Frage, warum es in Kolumbien im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die höchste Zahl von Mordopfern in ganz Amerika gibt. Wer über Kolumbien schreibt, muß sich durch einen schier unüberschaubaren Berg von Publikationen über die Ursachen und Strukturen der Gewalt hindurcharbeiten.

Quintessenz der Untersuchungen ist, daß die Gewalt von drei Polen ausgeht: von der Drogenmafia, von den (rechten) paramilitärischen Todesschwadronen und von den (linken) Guerilla-Gruppen. Je nach politischem Standpunkt wird eher die Gewalt von links oder eher die Gewalt von rechts als ausschlaggebend angeprangert. Gemeinsam ist den meisten Analysen, daß der Staat beschuldigt wird, nur die Guerilla konsequent zu bekämpfen, während er die beiden anderen Pole der Gewalt mehr oder weniger gewähren läßt. So können die Drogenbarone auf dem Lande nach wie vor ganze Landstriche mit ihren Privatarmeen kontrollieren, und die meisten Übergriffe der Todesschwadronen in den Städten gegen Straßenkinder, Prostituierte und Kleinkriminelle bleiben ungesühnt.

Stabile Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft

Darüber, ob diesem Versagen Absicht oder bloßes Unvermögen zugrunde liegt, streiten die Experten. Amnesty International etwa machte noch vor dem Präsidentschaftswahlkampf mit einer Analyse Furore, in der die Organisation behauptete, die Regierung Gaviria sei für die massenhafte Verletzung der Menschenrechte direkt mitverantwortlich. Die Zivilbevölkerung werde im Rahmen der Guerilla-Bekämpfung immer wieder zum unschuldigen Opfer der Sicherheitskräfte. Präsident Gaviria hat diese Beschuldigung zurückgewiesen und mit dem Hinweis gekontert, daß die Autoren solcher Berichte nicht der komplexen Lage seines Landes gerecht würden. Die Mehrzahl der lateinamerikanischen Staatsoberhäupter scheint der Amnesty-Analyse nicht gefolgt zu sein, denn sie machten Gaviria wenige Wochen nach Erscheinen des Berichts zum Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS).

Für die künftige Entwicklung der Gewalt wird es entscheidend sein, inwieweit die 1991 beschlossene *neue Verfassung* des Landes mit Leben gefüllt wird. Sie garantiert bislang nur auf dem Papier die Gewaltenteilung und die Einhaltung der Menschenrechte. Ferner ermöglicht sie eine stärkere direkte Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen. So werden neuerdings sogar die auf dem Lande so wichtigen Bürgermeisterposten durch Direktwahl bestimmt.

Von der internationalen Presse wenig beachtet entwickeln sich unterdessen die legalen Sektoren der kolumbianischen

Wirtschaft besser als der lateinamerikanische Durchschnitt. Das Wirtschaftswachstum lag selbst in den schwierigen 80er Jahren noch bei rund drei Prozent jährlich. Das reale Pro-Kopf-Einkommen der Kolumbianer lag 1990 höher als 1980, während es in den Nachbarstaaten deutlich abnahm. Die Zuversicht der liberalen Regierung in die Stärke der heimischen Wirtschaft ist so groß, daß bereits unter Präsident Gaviria eine weitgehende Öffnung des kolumbianischen Marktes für Importe eingeleitet wurde, die nun Samper nach eigenem Bekunden fortsetzen will. Für die traditionell protektionistisch gesinnte Unternehmerschaft des Landes stellt diese Öffnung eine gewaltige Herausforderung dar. (Deshalb auch hatte der konservative Präsidentschaftskandidat *Andrés Pastrana* bei den Wahlen im Juli die Unterstützung einiger Arbeitgebersprecher, die sich von ihm eine Renaissance des alten Zoll-Protektionismus vor allem zugunsten der eigenen Landwirtschaft versprochen).

Das Land ist vergleichsweise gut gerüstet für einen freien Wettbewerb im lateinamerikanisch-karibischen Raum. Es verfügt in verschiedenen Klimazonen über mannigfaltige landwirtschaftliche Anbaumöglichkeiten, ferner über beträchtliche Bodenschätze, vor allem an Steinkohle und Öl. Die wirtschaftliche Entwicklung hat sich traditionell stets auf

pfeiffer
WEWEL

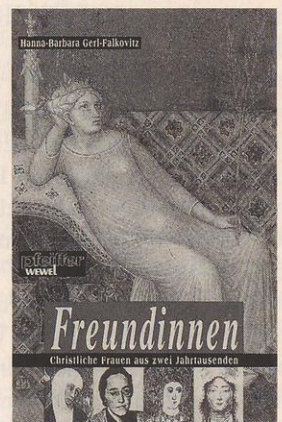
Frauen im Christentum:

Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz

Freundinnen im Geiste gilt es, für heutige Christen und Christinnen zu entdecken.

Hildegard von Bingen, Hedwig von Schlesien, Caterina von Siena sind – und bleiben – große Namen in der Geschichte des Christentums. Die Autorin widmet ihnen und anderen herausragenden Christinnen zwischen den Lebensjahren Mariens und dem 20. Jahrhundert eine Porträtsammlung, die jeweils das Spezifische und Unverwechselbare in Leben und Werk der Porträtierten in sprachlich brillanter Form herausarbeitet.

152 Seiten, Broschur
DM 26,-/öS 203,-/sFr 26,50
ISBN 3-7904-0623-6



ANZINGER STRASSE 15 · 81671 MÜNCHEN

mehrere starke Zentren (Bogotá, Cali, Medellín, Baranquilla und Cartagena) sowie zwei Dutzend mittlere Städte gestützt, so daß ein schädlicher Zentralismus vermieden wurde. Auch ist es den Regierungen der vergangenen Jahrzehnte gelungen, einseitige Abhängigkeiten von einem einzigen Exportgut zu vermeiden und die Wirtschaftsstruktur zu diversifizieren. Die Bedeutung der Landwirtschaft und damit die Abhängigkeit von schwankenden Weltmarktpreisen für deren Produkte nimmt kontinuierlich ab. Der Anteil der *Landwirtschaft* am BSP beträgt heute nur noch 15 Prozent, während derjenige der *Industrie* sich auf 35 Prozent erhöht hat.

Kolumbien exportiert heute mehr Kohle und Erdöl als Kaffee, daneben sind neue Wirtschaftszweige wie der Tourismus an der Karibikküste oder der Schnittblumenexport aus den höheren Lagen des Landes zu den traditionellen Erwerbszweigen hinzugekommen. Die wirtschaftlichen Erfolge schlagen sich auch für die breiten Massen in einer *besseren Grundversorgung* nieder. Nach Regierungsangaben haben heute 90 Prozent der Bevölkerung Zugang zu trinkbarem Wasser, die durchschnittliche Lebenserwartung stieg von 50 Jahren im Jahre 1954 auf 69 Jahre im Jahr 1991. Der Anteil der Kinder, die tatsächlich eine Schule besuchen, ist auf über 90 Prozent gestiegen und liegt damit ebenfalls über dem lateinamerikanischen Durchschnitt. Dies und der typisch kolumbianische Bildungseifer der unteren Mittelschicht verhelphen dem Land mittelfristig zu weiteren wirtschaftlichen Standortvorteilen.

Nicht alle Kolumbianer profitieren von der Reformpolitik. Vor allem die Minderheit der Schwarzen (sechs Prozent der Bevölkerung) lebt bis heute in katastrophalen Wohnverhältnissen. Die Nachfahren der Sklaven leben vor allem in den Küstenregionen mit ihren tropischen Temperaturen und malariefährdeten Sumpfgebieten. Die Arbeitslosigkeit unter ihnen ist weit höher als unter der Bevölkerung der Weißen und der Mestizen. Die Politik der Liberalisierung und Privatisierung trifft sie besonders hart, da viele von ihnen in den einst staatlichen Hafenerbetrieben ein bequemes Auskommen gefunden hatten.

Benachteiligt sind auch die *Indigenas* (zwei Prozent der Kolumbianer). Sie leben vor allem in den andinen Hochregionen, oft weitab von Straßen, Strom- und Wasserleitungen. Um Bildung, Hygiene und Berufschancen ist es hier ähnlich schlecht bestellt wie unter den Afroamerikanern an der Küste. Angehörige beider Gruppen wandern zu Tausenden in die Großstädte ab, wo sie mit Mestizen und Mulatten um den knappen Wohnraum der Armenviertel konkurrieren. Samper hat während des Wahlkampfes immer wieder versprochen, er werde nach der gelungenen wirtschaftlichen Liberalisierung in Kolumbien nun auch die *sozialen Aspekte* stärker berücksichtigen und etwas für die Verlierer der Reformen tun. Solche Absichtserklärungen liegen derzeit im Trend der lateinamerikanischen neoliberalen Politik nach dem Muster Chiles, Argentiniens und Mexikos. Ob allerdings der Präsident Samper die Versprechungen des Kandidaten Samper einhalten wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls

geben ihm in diesem Jahr gemachte Erdölfunde vor der kolumbianischen Küste und die verbesserte Handelsbilanz durch die gestiegenen Weltmarktpreise für Kaffee neue wirtschaftliche Spielräume.

Die katholische Kirche in Kolumbien ist im lateinamerikanischen Vergleich hervorragend organisiert, vermögend, politisch einflußreich und personell gut ausgestattet. Ihre Priesterseminare sind übervoll, schon heute sind über 150 kolumbianische Missionare in anderen Ländern aktiv. Die Hauptstadt Bogotá ist Sitz des lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM, und in der Metropole Medellín verpflichteten sich 1968 die Bischöfe des Subkontinentes erstmals offiziell auf die Option für die Armen. Dennoch macht Kolumbiens Kirche vergleichsweise wenig von sich reden. Sie gilt als *fast homogener konservativer Block*, sieht man einmal von wenigen Priester-Guerilleros in der Nachfolge des 1966 erschossenen *Camilo Torres* ab.

Die Kirche auf der Suche nach ihrer Rolle

Die Stellung der kolumbianischen Kirche ist nur vor dem Hintergrund der Geschichte verständlich. Mit Hilfe ihres politischen Verbündeten, der Konservativen Partei, hat sie es bereits im 19. Jahrhundert verstanden, den liberal-freimaurerischen Tendenzen in der Politik das Konzept einer christlichen Gesellschaftsordnung entgegenzusetzen. Der Preis für diese Einflußnahme war hoch: Der Parteiengegensatz zwischen den klerikal-katholischen Konservativen und den eher freidenkerischen Liberalen schaukelte sich mehrmals zum blutigen Bürgerkrieg hoch, in dessen Verlauf allein von 1948 bis 1958 etwa 200000 Menschen starben. Das zur Befriedung ausgehandelte Konzept der nationalen Proporzregierungen mit Beteiligung beider Parteien an der Regierung ließ die Gewalt abklingen und sicherte der Kirche *fortdauernden Einfluß auf die Gesetzgebung* und die Gestaltung der Gesellschaft. Nur ganz allmählich konnten sich Säkularisierung und liberale Politik gegen diese Machtposition durchsetzen. Erst in der Verfassungsreform von 1991 wurde die Ehescheidung gegen den erbitterten Widerstand der Kirche vollständig legalisiert.

Noch im jüngsten Wahlkampf hatte der konservative Erzbischof von Bucaramanga, *Darío Castrillón Hoyos*, versucht, die katholische Wählerschaft gegen den liberalen Samper zu mobilisieren. Die Bemühung war kontraproduktiv: Der Wahlauftritt des Erzbischofs motivierte die Liberalen im Lande zur Verteidigung ihrer bürgerlichen Rechte „gegen neuen Klerikalismus und Intoleranz“, wie es in einer gemeinsamen Gegenerklärung von Künstlern, Literaten und Intellektuellen unter Führung von García Márquez hieß. Die Liberalen jedenfalls verzeichneten eine lange nicht mehr dagewesene Mobilisierung ihrer Wählerschaft, die zu einer unerwartet hohen Wahlbeteiligung und schließlich zum Sieg ihres Kandidaten führte.

Ein Teil des kolumbianischen Episkopats dürfte die Anstren-

gungen Castrillóns um einen neuen konservativ-katholischen Schulterschuß auf parteipolitischer Ebene mit Skepsis betrachten. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz und Erzbischof von Cali, *Pedro Rubiano Sáenz*, weigerte sich jedenfalls während des Wahlkampfes hartnäckig, zugunsten einer der beiden großen Parteien einzugreifen. Über Castrillóns Vorstoß zeigte er sich deutlich verärgert. Das Wahlergebnis gab ihm recht.

Dessen ungeachtet steht zu erwarten, daß die Kirche sich auch in Zukunft vehement gegen die Säkularisierungstendenzen der kolumbianischen Gesellschaft stemmen wird. Konservative und progressive Kleriker sind sich dabei einig in ihrer Gegnerschaft zur neoliberalen Wirtschaftspolitik und ihren als bedrohlich empfundenen Segnungen. Neuerungen wie Ehescheidung und Geburtenkontrolle werden als ein Resultat der von außen aufgezwungenen kapitalistischen Ordnung gebrandmarkt, gegen die sich Lateinamerikas Katholiken zur Wehr setzen müßten. Der kolumbianische Kardinal in Rom, *Alfonso López Trujillo*, Präsident des einflußreichen Päpstlichen Rates für die Familie, hat diese Position im Vorfeld der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo auch auf internationalem Feld medienwirksam vertreten.

Es wäre allerdings eine Überzeichnung, wollte man die katholische Kirche lediglich als konservativen Bremsklotz in der kolumbianischen Gesellschaft charakterisieren. In der Umsetzung der Impulse von Medellín und Puebla (Option für die Armen) sowie von Santo Domingo (Inkulturation)

hat sie große Fortschritte gemacht. Eine „integrale“ Sozialpastoral, bei der ein hartnäckiger Einsatz für die Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse der sozial Ausgegrenzten gleichberechtigt neben der Sakramentenpastoral steht, ist für die meisten Diözesen heute eine Selbstverständlichkeit. Daß die Kirche als Sachwalter aller gesellschaftlichen Gruppen angenommen wird, beweist auch die Tatsache, daß Pfarrer und Bischöfe in den vergangenen Jahren häufig als *Vermittler zwischen Regierung und Guerillagruppen* von beiden Seiten akzeptiert wurden. Bemerkenswert sind auch die Fortschritte bei der Inkulturation der Verkündigung unter Indigenas und Afroamerikanern. Nach anfänglichen Widerständen des überwiegend weißen einheimischen Klerus konnten vor allem in der Arbeit mit den Afroamerikanern Formen des inkulturierten Gottesdienstes gefunden werden, die auch in anderen Ländern Lateinamerikas als vorbildlich gelten.

Adveniat, die Lateinamerika-Aktion der deutschen Katholiken, hat Kolumbien in diesem Jahr zum Schwerpunkt seiner alljährlichen Informations- und Spendenkampagne gemacht. Dies ist ein gewagtes Unterfangen angesichts des relativen Reichtums der kolumbianischen Kirche. Das Hilfswerk kann bei seiner Kampagne kaum auf Mitleidseffekte setzen, sondern einzig auf sachliche Information über die solide Arbeit der kolumbianischen Partnerkirche im Rahmen ihrer schwierigen gesellschaftlichen Bedingungen.

Ludwig Ring-Eifel

Mühsame Erneuerung

Spannungen in der katholischen Kirche Ungarns

Mit der notwendigen Erneuerung nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft tut sich die katholische Kirche in Ungarn nach wie vor schwer. Der neue innerkirchliche Pluralismus erscheint manchen eher als Gefahr denn als Chance, Laien müssen sich gegen einen noch weit verbreiteten Klerikalismus behaupten. Aber es fehlt durchaus nicht an hoffnungsvollen und zukunftsweisenden Entwicklungen, die auch im Episkopat Fürsprecher finden.

Als in Esztergom, der Residenzstadt des ungarischen Primas, im Juli dieses Jahres die erste nachkonziliare katholische Synode des Landes über die Bühne ging, verbanden sich mit dieser Kirchenversammlung Hoffnungen auf einen Aufbruch in der Ortskirche. Nach dem Wunsch des Primas, Kardinal *László Paskai*, sollte die von ihm einberufene Diözesansynode einen wesentlichen Beitrag zur Erneuerung des pastoralen Wirkens in der Erzdiözese Esztergom-Budapest leisten. Orientierungspunkt war dabei das Zweite Vatikanische Konzil. Vom Geist und Schwung des Konzils war aber dann in den Beratungen und Beschlüssen der Esztergomer Kirchenversammlung nicht allzu viel zu bemerken.

Die Hauptarbeit für diese Synode, mit deren Beschlüssen auch auf die grundlegend veränderte gesellschaftliche Situation in Ungarn reagiert werden sollte, war schon in der mehrjährigen Vorbereitungszeit geleistet worden. Daß daran *Laien* maßgeblich beteiligt waren, mag in westlichen Ländern längst als Selbstverständlichkeit erscheinen, bedeutete aber für die immer noch sehr klerikal geprägte katholische Kirche Ungarns ein Novum – vielleicht sogar einen Durchbruch. Auch in dem von der Synode entwickelten pastoralen Konzept bilden die stärkere Einbeziehung der Laien in kirchliche Aufgaben und eine engere Zusammenarbeit zwischen Klerus und Laien einen Schwerpunkt.